



**An die
Mitglieder
des Ausschusses für Finanzen und Interne
Services**

Fachbereich Finanzen

Kämmerei, Stadtkasse und Stiftungen

Reitende-Diener-Straße 12-17

Auskunft erteilt

Herr Driver

Telefon

309 – 4637

Telefax

309 – 3959

Email

John.driver@stadt.lueneburg.de

Mein Zeichen

10 24 42

Datum

27.06.2025

PROTOKOLL

Anliegend erhalten Sie das Protokoll zur nachstehenden Sitzung:

▼ Gremium

Ausschuss für Finanzen und Interne Services

▼ Sitzung vom:

12.06.2025

▼ Sitzungsort

Huldigungssaal, Rathaus

▼ Tatsächliche Sitzungsdauer

17:00 - 18:00 Uhr

Den Öffentlichkeitsstatus der Sitzung entnehmen Sie bitte der beigegefügte Tagesordnung.

Vorsitzender

Dezernent

Protokollführung

Schwake

Rink

Driver



ANWESENHEITSLISTE

Anwesende Mitglieder

Vorsitz

Herr Alexander Schwake

Mitglieder des Gremiums

Herr Uwe Nehring

Frau Anna Bauseneick

Vertretung für: Herrn Sören Pinnekamp

Frau Dr. Corinna Maria Dartenne

Herr Thomas Dißelmeyer

Vertretung für: Herrn Jörg Kohlstedt

Frau Marianne Esders

Frau Jule Grunau Bürgermeisterin

ab 17:23 Uhr

Herr Kai Herzog

Grundmandat

Herr Robin Gaberle

Herr Frank Soldan

Vertretung für: Herrn Eike Freitag

Verwaltung

Herr Matthias Rink Stadtkämmerer

Herr Sebastian Prigge FBL 2

Herr Jens Mildner Fachbereichsleiter 1

Herr Timo Gomell BL 20

Frau Fenja Allerheiligen B 20

Frau Daniela Seidel

Protokollführung

Herr John Driver B 20

Abwesende Mitglieder

Mitglieder des Gremiums

Herr Jörg Kohlstedt

fehlt entschuldigt

Herr Sören Pinnekamp

fehlt entschuldigt

Grundmandat

Herr Eike Freitag

fehlt entschuldigt

TAGESORDNUNG:

Öffentlicher Teil

- 1 Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit**
- 2 Feststellung der Tagesordnung**
- 3 Genehmigung des Protokolls vom 13.03.2025**
- 4 Mitteilungen der Verwaltung im öffentlichen Teil**
- 5 Einwohnendenfragen**
- 6 Aktueller Sachstand OZG 1. HJ 2025
Vorlage: VO/11919/25**
- 7 Jahresabschluss 2024 - Präsentation
Vorlage: VO/11888/25**
- 8 Haushaltsbericht zum Stand 31.05.2025 - Präsentation
Vorlage: VO/11887/25**
- 9 Anfragen im öffentlichen Teil**

PROTOKOLL:

Öffentlicher Teil

zu 1 Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Beratungsinhalt:

Ausschussvorsitzender Schwake begrüßt das Plenum und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Beratungsinhalt:

Ausschussvorsitzender Schwake stellt fest, dass das Protokoll der Sitzung vom 13.03.2025 bereits in der letzten Sitzung am 08.05.2025 genehmigt worden sei. Er schlägt daher vor, unter TOP 3 das Protokoll der Sitzung vom 08.05.2025 zu genehmigen, da dieses vorliege.

Ratsfrau Dr. Dartenne bittet darum, die Genehmigung des Protokolls vom 08.05. für die nächste Sitzung vorzusehen.

Beschluss:

Der Ausschuss für Finanzen und Interne Services fasst einstimmig folgenden Beschluss:

TOP 3 der Tagesordnung wird gestrichen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 7
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 0

zu 3 Genehmigung des Protokolls vom 13.03.2025

- gestrichen -

zu 4 Mitteilungen der Verwaltung im öffentlichen Teil

Beratungsinhalt:

Stadtrat Rink teilt mit, dass die in der letzten Sitzung am 08.05. beratene „Richtlinie für den Abschluss und die Abwicklung von Finanzgeschäften“ (VO/11811/25) bereits am 20.06.2025 statt - wie ursprünglich vorgesehen - am 01.07.2025 in Kraft treten solle. Die Beschlussfassung durch den Rat solle am 19.06. erfolgen.

zu 5 Einwohnendenfragen

Beratungsinhalt:

Es liegen keine Einwohnendenfragen vor.

zu 6 Aktueller Sachstand OZG 1. HJ 2025 Vorlage: VO/11919/25

Beratungsinhalt:

Fachbereichsleiter Mildner informiert anhand einer Präsentation über den Umsetzungsstand der gemäß OZG (Online-Zugangs-Gesetz) vorzuhaltenden Online-Dienste (Anlage).

Er schätzt auf Grundlage des bisherigen Projektfortschrittes, dass bis zur vollständigen Umsetzung noch 5 Jahre – dann allerdings mit weniger Personal – benötigt würden.

Ratsfrau Dr. Dartenne fragt, warum die Dienstleistung „Anmeldung zu weiterführenden Schulen“ nicht prioritär digitalisiert wird.

Herr Mildner sagt zu, den Sachverhalt zu prüfen.

Anmerkung: Das Land Niedersachsen hat angekündigt, Anfang 2026 einheitliche digitalisierte Fachverfahren zu diesem Thema zu veröffentlichen. Diese Vorgaben werden abgewartet, um eigene Entwicklungen einzusparen.

Ratsfrau Esders fragt, warum das Leerstandskataster nicht als Digitalisierungsprojekt geführt werde.

Herr Mildner antwortet, es handle sich hierbei vermutlich nicht um eine klassische Dienstleistung mit einem hinterlegten Fachverfahren und entsprechenden Ansprüchen der Bürger. Die Vielzahl der möglichen Digitalisierungsprojekte mache eine Priorisierung auf Fokusbereiche erforderlich.

Die Frage von Ratsherrn Gaberle nach der Sinnhaftigkeit der Einbeziehung externer Dienstleister wird von Herrn Mildner unter Hinweis auf hohe Kosten und die in jedem Fall erforderliche intensive Begleitung durch eigenes Personal verneint. Stadtrat Rink ergänzt, dass eine Beschleunigung der Digitalisierungsprozesse derzeit nicht bezahlbar sei und HLG sich auf das Machbare beschränken müsse.

Beschluss:

Die Informationen der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen.

zu 7 Jahresabschluss 2024 - Präsentation

Vorlage: VO/11888/25

Beratungsinhalt:

Fachbereichsleiter Prigge gibt anhand einer Präsentation (Anlage) einen Überblick über den Jahresabschluss 2024. Im Ergebnishaushalt falle das vorläufige Jahresergebnis mit minus 35,3 Mio € zwar besser aus, als geplant, könne aber natürlich nicht als gut bezeichnet werden. Zur Verdeutlichung führt er aus, dass sogar die Zinsen für laufende Kredite durch neue Kredite gedeckt werden müssten.

Anschließend erläutert er wesentliche Ertrags- und Aufwandspositionen: Die um 9 Mio. € über dem Planansatz liegenden Gewerbesteuererinnahmen seien leider auf Einmaleffekte wie z.B. den Verkauf von Firmenanteilen zurückzuführen.

Der gegenüber den Planungen um 7 Mio. € erhöhte Personalaufwand sei Ergebnis geringer Fluktuation und einer hohen Stellenbesetzungsquote.

Stadtrat Rink ergänzt, den in der Politik viel beschriebenen Drehtüreffekt bei Personal der öffentlichen Verwaltung gebe es in der HLG so nicht. Hier sei mittlerweile eine Besetzungsquote von 90 % erreicht. Er bittet darum, in den Fraktionen diesen falschen Argumenten entgegenzuwirken.

Im Folgenden geht Herr Prigge auf die Bildung von Haushaltsresten ein. Diese würden entstehen, wenn Aufwendungen oder Investitionen beauftragt oder unabwendbar sind, die Mittel hierfür aber noch nicht abgefließen sind. Hier konnte eine Reduzierung um 10 Mio. € gegenüber dem Vorjahr (2023) erreicht werden.

Zur Entwicklung der Fehlbeträge erläutert Herr Prigge, die HLG werde Ende 2026 ungefähr den gleichen Fehlbetrag wie 2008/2009 vor Ende der kameralen Buchhaltung ausweisen.

Aktuell würden die Schulden das Eigenkapital übersteigen, eine bilanzielle Überschuldung im Sinne eines negativen Eigenkapitals liege allerdings noch nicht vor.

In der anschließenden Diskussion wird von Ausschussvorsitzendem Schwake kritisch angemerkt, dass die Personalkostensteigerungen enorm seien und dass man diese auf einen tragbaren Wert z.B. in Höhe der Tarifsteigerungen, also z.B. 2%, begrenzen müsse.

Stadtrat Rink betont, dass das Ziel der Haushaltskonsolidierung nur in einer gemeinsamen Anstrengung von Politik und Verwaltung erreicht werden könne und jeder hierzu seinen Beitrag leisten müsse. Das von der Verwaltung eingeführte Instrument haushaltswirtschaftlicher Sperren würde bereits Wirkung zeigen und die Begrenzung des Personalaufwandes habe die Verwaltung als ihre Aufgabe in den Fokus genommen. Die Politik sei gefordert, wenn es um die Begrenzung finanzwirksamer Beschlüsse und die mögliche Reduzierung von Standards gehe. Alle Bemühungen fänden aber ihre Grenzen, wenn neue Aufgabenzuweisungen durch Bund oder Land nicht ausfinanziert seien.

Ratsherr Soldan gibt zu bedenken, dass eine Stellenbesetzungsquote von 90 % zwar positiv sei, neue Aufgaben aber der angestrebten Reduzierung der Personalkosten entgegenstünden. Er erwarte darüber hinaus ein Sinken des Gewerbesteueraufkommens. Insofern sei die Politik umso mehr zu Aufgabenkritik in dem Sinne, was bei finanzwirksamen Beschlüssen im Gegenzug weggelassen werden könne, aufgefordert.

Beschluss:

Die Informationen der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen.

zu 8 Haushaltsbericht zum Stand 31.05.2025 - Präsentation

Vorlage: VO/11887/25

Beratungsinhalt:

Bereichsleiter Gomell schickt seinem Bericht voraus, dass erst seit knapp 2 Monaten ein genehmigter Haushalt vorliege, so dass das Haushaltsjahr noch relativ jung und insofern eine verlässliche Prognose noch nicht möglich sei. Zu einigen bedeutsamen Positionen des Ergebnishaushaltes, wie z.B. Schlüsselzuweisungen und Steuern auf der Ertragsseite und Personalaufwand und Kreisumlage auf der Aufwandsseite seien aber Schätzungen möglich.

Zum Finanzhaushalt führt er aus, dass der Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit negativ sei und weiter sinke, so dass Zinszahlungen durch die Aufnahme neuer Kredite finanziert werden müssten und eine Entschuldung erst recht nicht möglich sei.

Der Umstand, dass rund 14 Mio. € an Haushaltsermächtigungen des Vorjahres fallen gelassen werden konnten, dürfe nicht darüber hinwegtäuschen, dass mit Stand 31.05. nur ca. 13% der verfügbaren Ermächtigungen verausgabt werden konnten. Die HLG schiebe wie in den Vorjahren eine große Bugwelle an Investitionen vor sich her.

Die im letzten Jahr über den Nachtragshaushalt erfolgte Erhöhung der Kreditermächtigung sei eine gute Entscheidung gewesen.

Die Frage von Ratsherrn Soldan, wieviele der für Investitionen vorgesehenen 90 Mio. € bereits verausgabt wurden, kann nach Aussage von Herrn Gomell erst mit Vorliegen des Controllingberichtes beantwortet werden. Stadtrat Rink ergänzt, dass das Investitionsvolumen auf jeden Fall zu groß sei.

Auf Nachfrage von Ratsfrau Dr. Dartenne sagt Herr Rink zu, dem Finanzausschuss Informationen zur Finanzsituation vergleichbarer Kommunen zur Verfügung zu stellen.

Beschluss:

Die Informationen der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen.

zu 9 Anfragen im öffentlichen Teil

Beratungsinhalt:

Es liegen keine Anfragen vor.

